

BREKO | Menuhinstraße 6 | 53113 Bonn

Per Mail: BK3-Postfach@BNetzA.de

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Tele-
kommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschlusskammervorsitzende Frau Dreger
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

BREKO Bundesverband
Breitbandkommunikation e.V.
Menuhinstraße 6
53113 Bonn

Tel.: +49 228 24999-70
Fax: +49 228 24999-72
steinhauer@brekoverband.de

12. August 2021

2. Stellungnahme des BREKO e.V. – BK3-21/004:

Antrag der Telekom Deutschland GmbH auf Genehmigung der Überlassungsentgelte für KVz-AP und Übergabeanschlüsse

Sehr geehrte Frau Dreger,

sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf den in diesem Verfahren vorliegenden Konsultationsentwurf möchten wir wie folgt Stellung nehmen.

Bereits im Rahmen der ömV zu diesem Verfahren sowie in unserer Stellungnahme vom 09.07.2021 haben Beigeladene und der BREKO e.V. (BREKO) auf die potenziellen negativen Auswirkungen einer regulären Fortsetzung dieses Verfahrens und einer damit verbundenen Vorfestlegung hingewiesen und davor gewarnt. Dies bezüglich hatte u.a. die EWE TEL schriftlich beantragt, die bisherige Entgeltgenehmigung zu verlängern. Der BREKO und weitere Beigeladene hatten zudem den Ansatz einer vorläufigen Genehmigung auf dem derzeit existierenden Entgeltniveau vorgeschlagen. Vor diesem Hintergrund nehmen wir mit einiger Verwunderung kritisch zur Kenntnis, dass die Beschlusskammer beabsichtigt, das gegenständliche Verfahren regulär fortzuführen, neue Entgelte zu berechnen und zu bescheiden. Dieses Vorgehen wird – entsprechend unseren früheren Ausführungen in diesem Verfahren – unweigerlich weitreichende wettbewerbshindernde Auswirkungen über die hier gegenständliche Vorleistung KVz-AP hinaus haben. Entscheidungen zu zentralen Fragen u.a. zur Zins-Glättung, der Anwendung der WACC-Notice und der Berücksichtigung der Gemeinkosten sind

in dem vorliegenden Konsultationsentwurf enthalten. Diese Entscheidungen werden künftige und laufende Entgeltregulierungsverfahren bzgl. verschiedener Vorleistungen (TAL, Layer-2-BSA sowie verschiedene CFV-Entgelte) vordeterminieren.

Betrachtet man die Tatsache, dass das KVz-AP faktisch am Markt nicht nachgefragt wird, stellt sich unweigerlich die Frage, weshalb solch weitreichende Entscheidungen in einem Verfahren zu einem am Markt so irrelevanten Vorleistungsprodukt getroffen werden, ohne dabei die Auswirkungen auf künftige und laufende Entgeltverfahren zu berücksichtigen. Angemessener wäre es, diese Entscheidungen, die signifikante Auswirkungen auf den Wettbewerb in dem jeweiligen Markt haben können, im Rahmen der jeweiligen Entgeltverfahren zu den stärker nachgefragten und somit auch wettbewerbslich relevanteren Vorleistungsprodukten zu treffen. Auf diese Weise könnten zumindest die unmittelbaren Auswirkungen auf den jeweiligen Markt betrachtet werden. Die Beschlusskammer hat allerdings bereits im Rahmen der ömV festgestellt, dass Auswirkungen auf andere Vorleistungsprodukte in diesem hier gegenständlichen Verfahren keine Berücksichtigung finden werden.

Aus Sicht des BREKO sollte das hier gegenständliche Verfahren keine Vorfestlegungen im Hinblick auf andere Vorleistungsprodukte wie die TAL- oder Layer-2-BSA zur Folge haben. Weitreichende Grundsatzfragen sollten nach unserer Auffassung auch im Sinne der Regulierungskohärenz nicht in diesem Verfahren vorfestlegend geklärt werden. Vielmehr sollten diese Fragen auch unter Berücksichtigung des neuen TKG, welches im Dezember 2021 in Kraft treten wird, in den noch ausstehenden Verfahren hinsichtlich der TAL- und Layer-2-BSA Entgelte (wenn für ein solches Verfahren eine neue Regulierungsverfügung vorliegt) geklärt werden.

Die im Konsultationsentwurf angelegten Vorfestlegungen werden u.a. dadurch erschwert, dass die WACC-Notice – wie schon in früheren Verfahren geschehen – nicht vollumfänglich umgesetzt und EU-rechtskonform angewendet wird. Entgegen den Mitteilungen und Aussagen der EU-Kommission, die WACC-Notice sei umfassend anzuwenden, weicht die Beschlusskammer nach wie vor von einer vollumfänglichen Anwendung der WACC-Notice ab. Konkret zieht die Beschlusskammer hinsichtlich des risikolosen Zinssatzes einen Zeitraum von 10 Jahren anstatt 5 Jahren heran.

Dies stellt eine Entscheidung dar, die für das KVz-AP oder dessen Nachfrage keinerlei Auswirkungen haben wird. Nichtsdestotrotz wird diese Entscheidung Auswirkungen auf die Wettbewerbslichkeit alternativer Netzbetreiber hinsichtlich weitaus stärker nachgefragter und somit relevanterer Leistungsentgelte haben. Zudem gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen einem niedrigen risikolosen Zins und mehr Investitionen, die z.B. die Kosten für Tiefbau in die Höhe treiben. Aus Sicht

des BREKO darf der Zins nicht in Abweichung von der WACC-Notice hochgehalten werden, während die steigenden Kosten schon voll in die Berechnungen der Beschlusskammer einfließen. Ein solches Vorgehen ist regulatorisch inkonsistent.

Der BREKO spricht sich für stabile Entgelte auf heutigem Niveau bei den kupferbasierten Vorleistungen der Antragstellerin aus. Im Rahmen der Entgeltregulierung muss unter Berücksichtigung dieser Punkte sowie der klaren Aussagen der EU-Kommission die WACC-Notice der EU-Kommission bei der Entgeltermittlung angewendet werden. Für eine gesonderte Auslegung der WACC-Notice für Deutschland, wie von der Telekom gefordert, gibt es aus unserer Sicht keine Grundlage.

In diesem Zusammenhang verweisen wir vollumfänglich auf unsere Stellungnahme vom 09.07.2021, in der wir der Beschlusskammer bereits Vorschläge zur Vermeidung der vorgenannten Problematik unterbreitet haben.

Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

A handwritten signature in black ink, reading "Jan-Niklas Steinhauer". The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'J'.

Jan-Niklas Steinhauer, LL.M.

Leiter Regulierungsverfahren & Europarecht